



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

es durch Aufnahme tüchtiger deutscher Gelehrten in die leitende Behörde. Es wird niemand behaupten, daß Hamburg und Bremen gegenwärtig bereits im Besiz aller wünschenswerthen Sachkunde auf diesem Felde seien. Man versteht sich in diesen Städten wohl auf die Bedürfnisse der Seeschifffahrt, aber Architekten, die im Bau von Leuchtthürmen, Schiffsbaumeister, die in der Herstellung von Feuerschiffen, Physiker oder Optiker, die in den verschiedenen Leuchtapparaten speciell beschlagen wären, hat man darum noch nicht. Woher sollte man sie auch haben? Das Leuchtwesen wurde dort ja bisher im allerkleinsten Maßstab betrieben und ohne jeglichen Ehrgeiz besonderer Leistungsfähigkeit.

Schiffe der norddeutschen Kriegsmarine, die in den Jahren 1866 und 1867 die deutschen Nordseegewässer aufzunehmen hatten, haben gleichzeitig auch Studien über neue Leuchtfeuer angestellt. Das Feuerschiff in der Mündung der Eider ist die erste Frucht dieser Studien. Möge die zweite und dritte immerhin ein Thurm auf Baltrum, ein Schiff vor Vorkum sein, aber nicht, ohne daß das Leuchtwesen vorher für Bundesache erklärt und daß eine Centralbehörde errichtet würde, die, nach Frankreichs, Nordamerikas und anderer fortschreitender Staaten Vorgang aus Marineoffizieren, Technikern, Rhedern und Naturforschern passend zusammengesetzt, innerhalb einer Gründungsperiode von längstens zehn Jahren unser Seeleuchtwesen auf den Fuß der großen civilisirten Nationen zu erheben hätte.

Aus Schwaben.

Mitte März.

Die Wahlbewegung ist in vollem Gang. Nicht genug an den Programmen der Parteien, auch noch jeder Candidat hat sein eigenes Programm ausgegeben, das als Flugblatt in seinem Bezirk flattert. Außerdem zahlreiche Flugblätter der deutschen Partei, die anfänglich mehr allgemein gehalten, die wirthschaftliche und nationale Bedeutung des Zollparlaments beleuchteten, die späteren mehr concreten Fragen und der Widerlegung gegnerischer Ausstreuungen gewidmet. Wahlversammlungen an allen Orten, in den Städten und in den Dörfern, an Sonn- und Werktagen, es ist ein politischer Wahlkampf, wie ihn Schwaben noch nie erlebt hat. Unerhört ist dieses zähe Ringen aller Parteien, niemals sind alle Classen der Bevölkerung so tief ergriffen, niemals sind vor dem Volk politische Fragen aller Art, die Zoll- und Steuerfragen, das Militärwesen, und schließlich die große politische Frage des Verhältnisses zu Preußen und der deutschen Zukunft so im Einzelnen erörtert worden.

Und diese lebhafteste Theilnahme des Volks ist das erste und erfreulichste Moment, das in der Wahlbewegung zu constatiren ist. Stundenweit kommen die Wähler zu den angeordneten Versammlungen und horchen andächtig und mit gespannter Aufmerksamkeit der Dinge, die so zum erstenmal vor ihnen verhandelt werden. Es sind wohl, seitdem auch die Demokratie auf den Plan getreten ist, da und dort sehr häßliche Scenen vorgekommen, wie sie schwer bei so hochgehender Bewegung zu vermeiden sein mögen. Aber im ganzen ist die Haltung dieser Versammlungen, namentlich auf dem Lande, bisher eine würdige gewesen. Das Volk kommt mit gutem Willen, es will belehrt sein und es läßt sich belehren. Freilich nicht im Sturm, und am wenigsten mit hochtönigen Phrasen wird es gewonnen. Unser Landvolk ist zäh, nicht leicht gibt es sofort den Eindruck zu erkennen, den es empfangen hat; es ist ihm von Natur ein tiefes Mißtrauen eigen, mit derselben Gemüthsruhe hört es Redner entgegengesetzter Meinungen an und behält sich sein Urtheil vor. Aber eben dieser Entschluß, das Gehörte zu eigener Meinung zu verarbeiten, dieser Widerstand gegen blendende Kunststücke der Beredsamkeit ist das Bezeichnende. Die Abwendung von der Phrase ist unverkennbar. Es datirt von dieser Wahlbewegung ein neuer Abschnitt in der politischen Erziehung unseres Volks.

Es liegt auf der Hand wie sehr diese Bewegung der nationalen Sache zu Gute kommt. Die Organisation der deutschen Partei hat bisher noch vieles zu wünschen gelassen, mit bestem Willen war es ihr nicht gelungen, in einzelne Landesgegenden zu dringen, und die unteren Classen blieben ihr fast gänzlich verschlossen. Der Einfluß der Volkspartei — dies war wohl zu fühlen — war überall im Abnehmen, aber dies kam noch nicht der deutschen Partei zu gut. Die große Masse stand apathisch zwischen beiden. Allein diese Zeit war nicht verloren, es war eine Zeit der Selbstbestimmung um aus den Stimmungen herauszukommen, in welche das Volk im Jahr 1866 hineingeheßt worden war. Was man an einzelnen bemerkte, daß ein langsamer Umwandlungsprozeß zu besserer Erkenntniß stattfand, den man doch nicht recht Wort haben wollte, das vollzog sich in ähnlicher Art in weiten Kreisen. Und wenn jetzt der nationale Gedanke überall anklopfte, in den abgelegensten Gegenden, in allen Dörfern, so traf er wohl überall noch lebhaften Widerspruch und alte Vorurtheile, aber er traf doch überall auch herzliche Erwiederung. Die Parteiung drang jetzt in jede Gemeinde, dem selbstsüchtigen Partikularismus war sein Monopol entrissen. Viele Hunderte hörten zum erstenmal die Wahrheit über das Jahr 1866. Auch auf dem Land gewann man, über Erwarten, eifrige und geschickte Agitatoren. Die junge Generation zeigte sich vorwiegend den neuen Ideen geneigt. Es kam vor, daß des Vaters Namen unter dem Aufruf für den partikularisti-

sehen Kandidaten stand, der Sohn den seinigen unter den nationalen Aufruf setzte.

Daß die Wahl in ein deutsches Parlament so viel Leben in unser Land brachte, das allein ist ein unschätzbare moralischer Erfolg. Die Demokratie hätte bekanntlich am liebsten die ganze Sache ignoriert. Sie hatte großsprecherisch verkündigt, daß das württembergische Volk sich nicht an diesem „Verbrechen“ betheilige, mit Verachtung von dieser „Berliner Macherschaft“ sich abwende und durch imposante Wahlenthaltung ihr Urtheil über diese Falle, die man dem süddeutschen Volk legen wolle, vor der Welt abgebe. Das Volk ertheilte diesen Großsprechereten ein sehr hüdniges Dementi. Es zeigte im Gegentheil so viel Eifer und Interesse, daß es dadurch auch die Häupter der Volkspartei zwang, mit in den Kampf einzutreten und um Sitze in derselben Versammlung zu werben, die sie noch eben aufs unwürdigste geschmäht hatten. Selbst Moritz Mohl schrieb jetzt, es „wurme“ ihn, in das Parlament zu kommen, nachdem er zuvor in öffentlicher Kammerstzung erklärt hatte, lebendig werde man ihn nicht in dieses Parlament bringen, in welches kein Mensch eintreten könne, der Respect vor sich selber besitze, und der in einem Commissionsbericht den norddeutschen Mitgliedern des Parlaments insgesammt Ignoranz und Eigennuß vorgerückt hatte. Desterlen war fast der einzige gewesen, der, schon damals zur Candidatur entschlossen, erklärte: „man müsse den Löwen in seiner Höhle aufsuchen.“ Jetzt nach dem ermunternden Ausfall der bairischen Wahlen bekamen auch die übrigen Führer der Demokratie Lust zu dieser fröhlichen Löwenjagd, und es tauchte nun ein Name um den andern, zum Theil sehr merkwürdige, aus diesem Lager auf, um zu erklären, daß es patriotische Pflicht sei, im Parlament der Verpreußung Süddeutschlands entgegenzuarbeiten.

Durch das Auftreten dieser Elemente bekam nun der Kampf allerdings einen anderen Charakter. Jetzt war wenig mehr vom Zollparlament und seinen Aufgaben die Rede. Massivere Schlagworte kamen nun an die Reihe. Jetzt hieß es: man will euch preußisch machen, wie es in Baiern geheißen: man will euch lutherisch machen. Jetzt wurden die elendesten Vorspiegelungen von Steuer und Militärdruck unter das Volk geworfen. Da und dort tauchte auch die schwäbische Eigenthümlichkeit: „lieber französisch als preußisch“ wieder auf. Die etwas abgegriffene Phrase: „durch die Freiheit zur Einheit“ erhielt die angenehme Variation: „durch die Einheit zum Hungertyphus“. Alles dies hätte jedoch der Demokratie wenig geholfen, wenn nicht die Regierung, zur Bekämpfung der nationalen Partei um jeden Preis entschlossen, mit allen antinationalen Richtungen Bündniß gemacht und ihnen ihren Einfluß zur Verfügung gestellt hätte. Die Regierung mit ihren Organen vom Minister bis zum Dorfschulzen, das ist die eigentliche Macht im Schreiberstaat, und

sobald sie mit den Loyalen auch die Demokraten und Ultramontanen, sobald sie alles zum gemeinsamen Kampf gegen die nationale Partei aufrief, war der Ausgang des Wahlkampfes entschieden. Diesem dreifachen Gegner ist die deutsche Partei numerisch nicht gewachsen. Die Wahlbewegung ist für sie ein Mittel, sich durch das ganze Land zu organisiren, aber nur in wenigen Bezirken wird sie jetzt schon über die entgegenstehende Coalition siegen können.

Die Wahlen werden also weit überwiegend gegen die nationale Partei ausfallen; damit aber noch nicht gerade antinational. Unter den voraussichtlich aus der Wahlurne hervorgehenden Siegern sind gewaltige Differenzen. Die gouvernementale Mittelpartei zählt Mitglieder, die dem Programm der deutschen Partei nahe stehen, die so zu sagen auch ein großes Vaterland wollen und die sich ausdrücklich für Erweiterung der Kompetenz der Bundesorgane ausgesprochen haben. Nur ganz wenige haben den Muth gehabt, sich gegen solche Erweiterung ausdrücklich zu verwahren. Selbst die Demokraten wie Desterlen und Probst, sahen sich zu der Erklärung genöthigt, daß man an den Verträgen mit Preußen, deren heftigste Gegner sie gewesen, nunmehr loyal festhalten müsse, und allein der Freiherr v. Neurath, „der treue Neurath“, wie er jetzt im Beobachter genannt wird, sprach es offen aus, daß man die Verträge allerdings so lange halten müsse, als man keine Gelegenheit habe, sie „auf völkerrechtlich zulässige Weise“ wieder zu vernichten. Nicht wenige wollen sogar prophezeien, daß Herr Desterlen, der jetzt so tapfer dem Löwen in der Höhle zu Leibe rückt, wenn er desselben einmal ansichtig geworden, vielleicht nicht abgeneigt sein dürfte, ein billiges Abkommen mit demselben zu schließen. Ueberhaupt werden unsere Bundesstaatlich-Constitutionellen wie unsere Demokraten im Zollparlament so wenig gefährlich sein, als es im ersten Reichstag die Sachsen und Holsteiner und Hannoveraner waren, die es meist vorzogen, auf dem zweiten Reichstag sich nicht mehr blicken zu lassen; und es wird den Schwaben, ohne daß sie den Gang der Dinge aufzuhalten vermögen, einzig der Ruhm bleiben, daß sie es für ihre Vertretung in Berlin weniger auf tüchtige und willige Kräfte abgesehen haben, als auf die Befriedigung eines kleinlichen Trostes.

Auf die Stimmung im Lande selbst kann der ganze Wahlkampf nur günstig zurückwirken. Das widerliche Bündniß der Demagogie mit den Loyalen, die Mittel, welche von jener Seite wie von der Regierung ungeschämt angewandt wurden, haben auf alle anständigen Leute einen bleibenden Eindruck machen müssen, den die Regierung schwerlich voraus gesehen hat: sie wenden sich ab von einem Staatswesen, das, wie es scheint, nur noch mit solchen Mitteln aufrecht zu halten ist. Die deutsche Partei wird, während die verbündeten Sieger nach gewonnenem Sieg auseinander fallen, durch den Kampf selbst gekräftigt fester dastehen als zuvor, und stärker als jede

der anderen Parteien. Jedes Flugblatt, jede Wahlrede streut Keime aus, die nicht verloren sind. Nur das hoffen wir allerdings, daß die süddeutsche Frage nicht so lange ad acta gelegt werde, bis alle diese Keime gereift sind und Schwaben einmal eine national-gesinnte Vertretung nach Berlin sendet. Schon jetzt wäre der Ausfall der Wahlen ein anderer gewesen, wenn ein günstigerer Wind von Norden geweht hätte.

Politische Rundschau.

Die Stimmung an der unteren Donau.

× Leipzig, 18. März.

Nicht nach der den Dingen inwohnenden Wichtigkeit und Bedeutung, sondern meist nach Herkommen und Gewohnheit bestimmen sich Maß und Inhalt dessen, was der Deutsche von der Welt erfährt. Besser unterrichtet als die Mehrzahl seiner continentalen Nachbarn, erhält er ziemlich genaue Kunde von dem, was in Frankreich, England und Italien verfällt; in der außereuropäischen Welt bildet die Grenze der Baumwollencultur gewöhnlich die Linie seines Zeitungsbezugs, — höchstens, daß zu Gunsten Afrikas eine Ausnahme gemacht wird. Minder bekannt sind die Länder des Ostens und Nordostens, — der europäische Südosten, obgleich klassischer Boden der s. g. orientalischen Frage, ist fast nur dem Namen nach gekannt. Von der Eigenthümlichkeit des Landes an der untern Donau und dem adriatischen Meer, von der Bildungsstufe, den Gewohnheiten und Anschauungen seiner Bewohner weiß man nur, daß sie von denen der übrigen Bewohner abweichen und diese Kunde gilt der Convention für ausreichend.

Daß sie es nicht sei, hat sich in den letzten Wochen mit besonderer Deutlichkeit gezeigt. Während der ersten Hälfte des Februarmonats wurde von Paris aus plötzlich gemeldet, in Serbien und Rumänien gehe es unruhig zu; russische Agenten durchzögen das Land, hie und da hätten sich bereits bewaffnete Banden gezeigt. Zu welchem Zweck agitirt würde, und gegen wen die „Banden“ sich gewaffnet hätten, blieb der Mehrzahl derer, die diese Nachrichten wiederholten und als „Anzeichen einer Lösung der orientalischen Frage“ signalisirten, unbekannt. Seit Rußland friedliche Versicherungen ertheilt, sein Gesandter Baron Bubberg dieselben zu Paris wiederholt und der officielle „Invalide“ erklärt hat, alle Nachrichten über russische Umtriebe an der Donau seien erfunden, hat man sich wiederum beruhigt, oder — um den herkömmlichen Ausdruck zu gebrauchen, „eine Vertagung der